

In Xhain wohnen viele Menschen zusammen und gestalten gemeinsam den Bezirk. Wir wollen, dass jede*r Einzelne sich so gut wie möglich einbringen kann. Dazu gehört, dass alle Menschen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für die freie Zugänglichkeit von Verordnungen ein. Außerdem sollen alle Ausschüsse öffentlich sein und die Sitzungen der BVV im Internet live übertragen werden. Interessenskonflikte von Verordneten sollen in einem Lobbyregister einsehbar sein.

Die Teilhabe gilt für alle. Wir sind dafür, allen Menschen im Bezirk unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit maximale Mitspracherecht bei der Gestaltung des Bezirks einzuräumen. Auch den Menschen, die aufgrund der Krise im Nahen Osten und anderen Weltgegenden ganz neu im Bezirk eingetroffen sind, möchten wir Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine menschenwürdige Unterbringung, das Recht auf Freizügigkeit und Arbeit, Sprachkurse und eine gesellschaftliche Vertretung. Dabei stehen uns derzeit noch einige Bundesgesetze im Weg, die die Teilhabe, z.B. im Wahlrecht, unvollständig beschränken. Hier gibt es für uns nur eine Richtung: die der Demokratisierung.

Teilhabe wird aber derzeit nicht nur durch Bundesgesetze beschränkt. Wir sehen keinen Internetausschuss leisten kann, kommt u.U. nicht an die notwendigen Informationen und kann sich nicht vernetzen. Daher fördern wir Freifunk. Mit Freifunk schalten Menschen ihre Internetausschüsse zusammen und stellen sie anderen Menschen zur Verfügung. Zudem ist Freifunk dezentral aufgebaut und erschwert die staatliche Kontrolle von Kommunikation. Denn wer sich überhaupt wählt, kommuniziert nicht frei. Daher setzen wir uns auch gegen die Funkzellenabfragen, gegen massenhafte Videoüberwachung und gegen geheime Gefahrengelbiete im Land ein.

Teilhabe wird auch beschränkt durch mangelnde Mobilität. Wer sich kein BVG-Ticket leisten kann, um zur Ausschusssitzung zu fahren, kann seine Rechte dort nicht vertreten. Daher treten wir für umlagefinanzierten fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr ein. Ein Nebeneffekt wäre die Abschaffung von BVG-Kontrollen und ihren Nebenfrü Justizvollzugsanstalten. Dort sitzen derzeit viele arme Leute, die sich die in der Stadt notwendige Mobilität schlicht nicht leisten können. Das öffentliche Straßenfall soll ebenfalls allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraums durch alle Fortbewegungsmittel (zu Fuß, Fahrrad, Auto, Bus, Bahn) ein. Dabei ist der gegenseitige Respekt die oberste Priorität. Im Idealfall ist das kein Widerspruch. In der Praxis ist es ein Ziel. In diesem Kontext wollen wir das Konzept Shared Space noch stärker erproben. Auch öffentliche Grünflächen und Wasserflächen sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wenden uns gegen die Privatisierung des Spreu- res und das Zubauen von Brachflächen.

Durch die Digitalisierung hat sich die Arbeitswelt verändert. Viele manuelle Tätigkeiten werden heute von Maschinen erledigt. Dies gibt Menschen mehr Zeit, sich um andere Dinge zu kümmern. Wir begrüßen diese Automatisierung, stellen aber fest, dass so gewonnene Zeit nur wenigen Menschen zugute kommt. Viele Menschen müssen weiter in prekären Verhältnissen arbeiten und finden keine neue Arbeit, da Maschinen ihre Arbeitsplätze verdrängt haben. Daher setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Automatisierungsvorteile unter allen Menschen ein. Dies heißt für uns: Bedingungsloses Grundeinkommen.

Auch im täglichen Arbeitsleben gilt für uns das Gebot der Teilhabe. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung und gemeinsame Entwicklung von Computercode ein (Open Source). Auch Büroräume und Infrastruktur können gemeinsam genutzt werden in sogenannten Coworking Spaces. Menschen sind soziale Wesen und helfen anderen, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gibt. Dies gilt auch im kollektiven Bereich. Die gesellschaftliche Kreativität findet sich nicht nur in den klassischen Gebäuden der Privatsphäre wie Openairhousen, sondern auch im viel kleineren Raum, z.B. Jan Sessions oder Street Art. Wir setzen uns für den Erhalt von nicht-kommerziellen Freiflächen für Subkultur ein.

Auch Spiritualität gehört zur menschlichen Kultur und zur menschlichen Entfaltung. Dabei gilt für uns aber, dass der Staat sich in diesem Bereich weitestgehend neutral verhält. Das heißt: keine positive Diskriminierung von

GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITIK

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von Geschlechter und sexueller Identität hochwertig anerkennt und respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollen ableiten ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals »Geschlecht« durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

Die Piraten können sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historische gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorgung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

KULTUR

Mit mehr als 50, teils weltbekannten, Clubs und vielfachen Open-Air Musikveranstaltungen, ist Friedrichshain-Kreuzberg das kulturelle Herz der Stadt. Diese enorme Vielfalt künstlerischen Schaffens ist förder- und schützenswerter. Club- und Open-Air-Kultur ist bunt, weltoffen und fester schützenswerter Bestandteil des bezirklichen Nacht- und Kulturlebens. Die veränderten gesellschaftlichen und urbanen Umstände erfordern einen ebenso veränderten Umgang der Politik in der Pflege der Kulturschätze. Wir brauchen eine neue Stadtplanerische, bau- und kiezpolitische Ansätze und Ideen wie beispielsweise Kulturgewerbfächen, und neue Konzepte für die Verringerung des Lärms und die Belästigung durch große Gruppen auf den öffentlichen Flächen. Die Kommunikation zwischen Stadt, Kulturschaffenden und Bewohner*innen ist ein wichtiger Aspekt, welchen wir durch entsprechende On- und Offline-Plattformen stärken wollen.

Club- und Open-Air-Kultur ist aus verschiedenen Strömungen und Jugendbewegungen entstanden und hat sich abseits vom Popmainstream entgegen vieler Vorbehalte zu einer der weltweit wichtigsten urbanen Subkulturen entwickelt. Sie umfasst als allgemein verständlicher Begriff heute nicht nur Clubs und deren Betreiber, aber auch DJs, Musikerinnen, Veranstaltungsformen und Labels, sondern vielmehr steht das Wort auch für eine bestimmte Lebensphilosophie. Sie beschreibt bestimmte Ausdrucksweisen in den Bereichen Tanz, Kleidung, Sprache, Design, Lebensmittel, Rausch und natürlich Musik. Sie vereint Künstler und Kulturschaffende unterschiedlichster Couleur, aus den Bereichen Styling, Design, Musik, Performance, Tanz, Bühnenbau, Technik, Grafik und Gastronomie.

Sie steht ferner für einen der tolerantesten und freundschaftlichen Berührungspunkte von Menschen aus allen Teilen der Welt. Sie vereint Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarben durch eine gemeinsame und gemeinsame Identität und Leidenschaft. Sie sorgt wie wenig andere Dinge für einen zwangloseren und offeneren Umgang mit unterschiedlichen Sexualitäten. Club-

Religionen leben durch staatliche Unterdrückung, keine negative Diskriminierung von Religionen im Arbeitsmarkt und anderswo.

In allen menschlichen Kulturen gibt es Formen der Berauschung. Einige davon sind gesellschaftlich anerkannt (Alkohol), andere nicht (Cannabi). Wir setzen uns für eine Dekriminalisierung aller Drogen bei gleichzeitiger Aufklärung ein. Abhängigkeit und Sucht gilt es zu vermeiden, aber Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen. Die Repression von Konsument*innen bindet unnötig Polizeikräfte, die wesentlich sinnvoller in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten. In der Polizeiarbeit wurde lange versucht, menschliche Arbeit durch Technik zu ersetzen (Videoüberwachung, Vorratssdatenspeicherung, Funkzellenabfrage). Diese Technik kann in der Tat viel mehr Daten erheben als Menschen, überwacht dabei aber vor allem anlasslos, verdachtsunabhängig und weitgehend ziellos. Wir sind für eine Umkehr dieses Trends und fordern eine Abkehr von der Sicherheitssesoterik und eine Rückbesinnung auf Ermittlung durch Menschen in der Kriminalitätsbekämpfung. Wer sich überhaupt wählt, äußert sich nicht frei.

Die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit unterstützen wir konsequent auch in der Geschlechterpolitik. Menschen soll kein Geschlecht zugewungen werden, das sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee: Menschen, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung füreinander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle. Verantwortung füreinander zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns ein für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, der zu Verdrängung führt, haben wir im Baueausschuss bekämpft (Freudenbergareal, Dragonearreal, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch des derzeitigen grünen Betonmischers Hans Panhoff ein.

STADTENTWICKLUNG

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Planungsausschuss von einem Abnickergremium zu einem politischen Gremium gemacht. Zentral sind für uns die Punkte Erhalt von Freiflächen, qualifizierte und nachhaltige Planung und echte Bürgerbeteiligung. In all diesen Punkten sind wir regelmäßig mit dem grünen Baustadtrat Hans Panhoff aneinandergeraten, der dort andere Vorstellungen hat. In den Debatten um große Neubauplanungen waren meist wir die treibende Kraft, um höhere Qualitäten und Sozial- sowie Umweltstandards zu erreichen. Insgesamt haben wir 72 Anträge und Anfragen im Bereich Stadtentwicklung gestellt. Wir waren das Korrektiv, das die allzu weiche Haltung des Bezirksamtes gegenüber den an Profitmaximierung ausgerichteten Bauwünschen der Investoren thematisiert hat. Durch unser Kritik kam ein öffentlicher Diskussionsprozess häufig überhaupt erst zustande. Vielfach wurden von uns Alternativmöglichkeiten aufgezeigt, die auch nach unserem Verständnis qualitativ besseren Städtebau entsprechen.

In unseren Auseinandersetzungen im Stadtplanungsausschuss ging es regelmäßig zu hohe Baudichten und die Haltung der grünen Stadträte dazu. Stadtrat Hans Panhoff hat die Baurechtsverordnung und die Grünflächenversorgungsrichtlinien – eigentlich die scharfen Waffen der Kommunen gegen die Almachn der Grundstückseigentümer*innen – als überholt und ungenießbar dargestellt. Hohe Baudichten entsprechen seiner Überzeugung. Deshalb ist der voraussetzende Gehorsam für ihn Programm – die Investor*innen reiben sich ungläubig die Augen über so viel Entgegenkommen des grünen Bezirks und den mangelnden Gestaltungswillen. In einem der am höchsten verdichteten Stadträume Berlins sollten aber andere Maßstäbe gelten. Hier steht eigentlich eine malwolle Nachverdichtung mit dem Augenmerk auf die Versorgung mit sozialer Infrastruktur auf dem Programm und nicht kopflos der Bauwale Almachn. Es steht z.B. der Bezirkshaus Friedrichshain mit seiner Versorgung mit Grünflächen/Kita- und Freizeitanlagen vor den Kallaps, weil es eine Jahrelang vom grünen Bezirksamt völlig unregulierte Baudichtigkeit nach §34 BauGB gab. Nun wäre zwar Geld für soziale Infrastruktur vorhanden, es fehlen aber die Grundstücke.

Mit Tricks, Informationsverschleppung und Überbumpelung wurden Prozesse entweder verschleppt oder ellig an den Gremien vorbei durchgewunken. Wir haben alles erlbt. Das Baurecht wurde stets zu Ungunsten der öffentli-

kultur bringe jung und alt zusammen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zu Toleranz, Offenheit, Verständigung und Respekt.

Dies wollen wir durch die folgenden Maßnahmen im Bezirk fördern:

- Hervorhebung der Geschichte durch kulturelle Förderung.
- Initialisierung von Pilotprojekten zur Förderung des Verständnisses von Anwohnern, Besuchern und Kulturbetreibenden.
- Unterstützung der Szenewirtschaft bei der Suche nach geeigneten Nutzungsfäichen.
- Ausweisung von Flächen zur Durchführung legaler Open Airs.
- Erweiterung von bereits ausgewiesenen Grünflächen des Bezirks für Free Open Airs Etablierung eines entsprechenden Anmeldeprozedures für die Nutzung des Flächen. Vorbild hierfür sei der Umgang mit »Spontanpartys« in der Stadt Halle an der Saale.

KIEZLEBEN

Berlin ist 365/24 offen. So haben sich Späts in der Berliner Kiezkultur etabliert. Die überlastete Berliner Verwaltung sollte sich daher um Wichtigeres kümmern als um die Gängelung von inhabergeführten Späts. Zusätzlich fordern wir die Gleichstellung von Späts und Tankstellen, wenn diese Ladestationen für Elektrolichtfahrzeuge zur Verfügung stellen. Somit kann ein Sonntagspäts vollkommen legal stattfinden.

Berliner*innen wollen im Sommer grillen und tun das auch. Das Grillverbot sollte der Müllvermeidung dienen. Dies hat sich als wirkungslos erwiesen: Der Müll ist in den letzten Jahren trotz des Verbots nicht weniger, sondern mehr geworden. Die grillenden Bürger*innen als alleinige Sünderböcke für die Parkverschmutzung darzustellen akzeptieren wir nicht länger. Grillen fördert das Sozialleben, ist ein Teil der lokalen Kultur und unterstützt auch die Integration. Wir fordern daher mindestens die Verdoppelung der Anzahl ausgewiesener Grillplätze. Jede Berlinerin soll im Umkreis von 5 Gehminuten von ihrer Wohnung mindestens einen ausgewiesenen Grillplatz erreichen können.

SUCHT- UND DROGENPOLITIK

Die repressive Drogenpolitik des Senats ist gescheitert. Repression an einem bestimmten Ort hat nicht weniger Drogenhandel zur Folge, sondern lediglich Verlagerung an einen anderen Ort. Irgendwann wird ganz Berlin mit Polizei vollstehen, ohne dass das Grundproblem dadurch gelöst wäre. Das ist vielleicht die Vision von Frank Henkel, aber nicht unsere.

Die Bekämpfung von Drogenabhängigkeit gehört für uns zur Gesundheitspolitik. Die Polizei ist in diesem Feld der falsche Akteur und kann lediglich Symptome bekämpfen. Abhängigen soll geholfen werden statt sie zu kriminalisieren. Menschen haben ein Recht auf Rausch. Mit welchen Substanzen sie dieses wahrnehmen, ist ihre alleinige Entscheidung, solange dabei keine Dritten zu Schaden kommen. Dabei verkennen wir das Problem der Sucht nicht. Repression hat nachgewiesenermaßen aber nicht zur Folge, dass weniger Menschen süchtig werden. Daher ist Repression als Mittel zur Suchtbekämpfung ungeeignet. Weiterhin führt die Kriminalisierung dazu, dass viele gesundheitsschädigende Substanzen auf dem Schwarzmarkt zur Streckung verwendet werden. Dies verschlechtert die gesundheitliche Lage der Abhängigen. Wir setzen uns daher auch schon heute für Drug Checking ein.

Wir sehen Drogenkriminalität als ein Problem an, das es zu beheben gilt. Die »e Kriminalität ist direkte Folge der Prohibition. Eine legale Möglichkeit des Drogenerwerbs dahingegen bedeutet das sofortige Ende des Schwarzmarktes und der damit einhergehenden Delikte und Belästigungen.

Wir unterstützen die geordnete und legalisierte Cannabisabgabe aus einem bestimmten Ort hat nicht weniger Drogenhandel zur Folge, sondern lediglich Verlagerung an einen anderen Ort. Irgendwann wird ganz Berlin mit Polizei vollstehen, ohne dass das Grundproblem dadurch gelöst wäre. Das ist vielleicht die Vision von Frank Henkel, aber nicht unsere.

ten Interessen ausgeht. Beim Freudenberg-Areal hat es sogar eine Verbandsklage gegen das Bauprojekt gegeben, die vom Bezirk heftig attackiert wurde. Nun drehen sich dort die Baukräne und das letzte große Grundstück in Friedrichshain-Ost ist dem Luxuswohnungsba zu dem Opfer gefallen. Der Bezirk rühmt sich mit einer politisch aktiven Bevölkerung, die ständig Unterschriften für Bürgergeheben und Anwohneranträge sammelt. Dies hat aber in erster Linie mit dem ständigen Planungswagen des grünen Bezirksamtes zu tun. Unseres Wissens wird in keinem anderen Bezirk so willkürlich großfözig zu Gunsten privater Investor*innen entschieden, auf Baueinplanung verzichtet und die Bürgerbeteiligung so lapidar abgefrühstückt. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Unser zahlreichen Anträge haben wir meist im Schulterschluss mit den örtlichen Bürgerinitiativen in den Baueausschuss und die BVV eingebracht.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, aber häufig fanden sich unsere Inhalte abgeschwächt in Folgeanträgen wieder. Insbesondere die Fraktion der Grünen wird im Wahlkampf mit Initiativen in der Stadtplanung für sich werben, die sie von uns durch Ersetzung anderer übernehmen haben.

Wie auch immer, wir verzeichnen nach unserem jahrelangen Wirken einen Bewusstseinswandel hin zu einem kritischeren Umgang mit Baudichten, Mieten und Fragen der sozialen Infrastruktur. Der Planungsausschuss ist durch unsere Anträge, die einen weit gehenden Gestaltungsanspruch hatten, zunehmend zu einem Gremium echter Auseinandersetzung mit Stadtenwicklung geworden. Wir brauchen einen Baustadtrat mit weniger zusätzlichen Aufgaben und mehr Qualifikation und Motivation, die Entscheidungen des Stadtplanungsamtes entsprechend dem Wählerauftrag zu steuern. Die »beleidigte Leberwurst« haben wir uns schon viel zu lange geben müssen. Der Bezirk hat über seine Planungshoheit einen hohen Gestaltungsspielraum im Bereich der Stadtentwicklung, auch wenn dies vom Stadtrat gerne bestritten wurde. Diesen Spielraum zu nutzen und auszubauen, wird weiterhin unsere intensive Bestrebung sein.

HANDLUNGSFELDER

- Beim **Freudenberg-Areal** haben wir die berechtigten Sorgen der örtlichen Bürgerinitiativen mit 15 Anträgen und Anfragen unterstützt. Denn die zu hohe Anzahl der Wohnungen verschiebt die ohnehin schwergel Grundschul- und Kitaplätze in die umliegenden Freiflächenmangel im dichtest besiedelten Bezirksteil Berlins. Der Investor freute sich, als der Bezirk seine Bauanfrage nicht zurückstellte sondern brav beantwortete. Damit gab der Bezirk bewusst sein Bebauungsplanverfahren auf, mit dem er die Baudichte auf ein vernünftiges Maß hätte reduzieren und sozialen Wohnungsbau erreichen können. Der Senat genehmigte, nun trägt der Landeshaushalt den RAW-Gelände werden wir uns für eine Entwicklung ohne Abriss einsetzen, für eine Grünfläche und den Erhalt der soziokulturellen Nutzung. Und für eine echte Beteiligung der Anwohner*innen! Stadtrat Panhoff hat sich bereits fahrlässig für eine große Baumaasse mit bis zu neun Geschossen ausgesprochen und damit die Diskussion und Beschllusslage der BVV unterlaufen.
- Für für die **Revaler Spitze** haben wir uns für den üppigen Baubestand, die Fortführung der ursprünglich geplanten Grünflächenfestssetzung und den Erhalt der Clubkultur eingesetzt. Nicht einmal die eigene Baueinplanung, wenlgstens Öffentlichkeit in den Baufeldern und eine große Kita vorzusehen, wurde vom grünen Bezirksamt weiterverfolgt und stattdessen hochpreisiger Wohnungsbau nach §34 BauGB ohne Bürgerbeteiligung genehmigt. Damit wurden sogar einige BVV-Beschlüsse ignoriert.
- Im Falle des ehemaligen **YAAM-Geländes** haben wir uns für eine behutsame Entwicklung eingesetzt, die den Willen des Bürgerentscheides »Spreu- zer für die Zukunft« aufrecht stellt, aber die Bezirksbürger Friedrichshain mit bestehendem Baurecht weitergebaue und Baueinfache realisiert hätte. Leider hat das grü geführte Baueamt diesen Investor auflaufen lassen und stattdessen eine Grünflächebauplan mit 12 Geschossen direkt am Wasser befördert. Dabei wurde die wesentliche Bauvorausfrage der BVV vorenthal- tet und die BVV dabei in ihren politischen Eingriffsmöglichkeiten beschnitten. Eine von Stadtrat Panhoff positiv beschiedene Bauvoranfrage hat das Bauprojekt begleitet. Diese Hinterzimmerpolitik des Baustadtrats der Grü- nen wurde von allen Parteien der BVV, von CDU bis Linke einhellig kriti-

siert und in der BVV offiziell auf unseren Antrag hin missbilligt.
* **Zusätzlich Ostbahnhof und Volkspark Friedrichshain** möchte die WBM mit Unterstützung des Bezirksamtes erst 38, jetzt 20 Punkthochhäuser errichten. Wir haben über ein Jahr lang Baueinplanung und Bürgerbeteiligung eingefordert, ohne dass dies das Bezirksamt interessiert hätte. Nach erheblichem Protest der Anwohner hat sich das Bezirksamt schlussendlich mit einem Bebauungsplanverfahren bereit erklärt. Da aber in der Zwischenzeit Bauvorausfragen positiv beschieden wurden, ist die Chance zur Einflussnahme der BVV unmöglicherweise gesunken.

* In der **Riagar Straße** entstehen immer neue Luxuspaläste, die viel zu den sozialen Unruhen in der Anwohnerschaft beitragen. Das grüne Bezirksamt unternahn nichts, um die Profiteur der Investoren zu zügeln, sondern hat sich mit minimalen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Die Überzeugung von Stadtrat Panhoff und dem Stadtplanungsamt, dass diese brutale Form der Nachverdichtung richtig sei, hat in der Riagar Straße besonders heftige Konsequenzen.
* Mit unserer Unterstützung konnten die **Prinzessinnengärten** als innerstädtisches Urban Gardening-Projekt inszeniert werden; die landeseigene Liegenschaftsgesellschaft wollte die Gärten zugunsten einer Gewerbebaueingebau klüngen.
* Am **Frankfurter** sollte gegen den erklärten Bürgerwillen eine Zerstörung des Großgrüns und eine sterile und durchgeplante Anlage der Freiflächen durchgesetzt werden. Durch ein grünes Bezirksamt!
* Auch an der **Gerhart-Hauptmann-Schule** setzen die Grünen auf maximale Baumaasse und maximale Fällung von Bäumen. Wir unterstützen das Flüchtlingszentrum, wollen aber die Bäume erhalten und bessere Lebensbedingungen. Die dort entstehende Enge soll vermieden werden. Wir setzen uns für ein städtebauliches Verfahren ein, das zu diesem großen Ergebnis mit vernünftigen Wäls- und Lebensbedingunge führen soll - vorgehen. Die dortige Grünverwichtung als Resultat grüner Bezirkspolitik reicht sich ein in die Vernichtung großer Baumbestände in der **Revaler Straße, Co- rinthstraße und Boxhagener Straße**.
* Für den Komplex **Pufendorfstr./Friesenstr./Landseberger Allee** unterstützen wir die lokale Bürgerinitiative und fordern eine dem Straßeneverlauf entsprechend abgestufte Bebauung statt einer Wand. Das grüne Bezirksamt hat dies ignoriert, nun entsteht ein fast zehn Meter hoher Sockel, auf der die exklusive Wohnbebauung »thront«.
* Auch bei der Frage der geplanten Verlegung der Tram 21 von der **Boxha- gener Straße** in die **Sonntagstraße** unterstützen wir die Alternativvor- schläge der örtlichen Bürgerinitiative. In den Zwischenzeiten wurde deutlich, dass die Tramverlegung eigentlich Platz für den zusätzlichen A100-Auto- verkehr in der Boxhagener Straße machen soll. Das lehnen wir ab – die Tram mit eigener Trasse wäre ein guter Bremsklotz gegen den automobi- len Verkehrsinfarkt im Kiez. In der Sonntagstraße und auf dem Ostkreuz- Vorplatz werden die Tram und der Bus alle nerven, es ist dort zu wenig Platz und zu viel Fuß- und Radverkehr. Leider konnten wir uns auch mit dieser Ansicht nicht durchsetzen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode ordentlich Stück gemacht. Dass die Grünen solche Betommischer sind, hätten wir uns vorher nicht träumen lassen. Es ist für der Bezirk wichtig, dass im Planungsausschuss auch in der nächsten Legislaturperiode ordentlich Kontra gegen steht, sonst werden die Bauwut und die Verdrängung nicht aufzuhalten sein.

Bauerator Geisel (SPD) sagt »Wir müssen endlich bauen, bauen, bauen! Der grüne Unterschied? Bauen, bauen, bauen, aber nicht so viele Tiefgarageplätze, und mehr Grünflächen.«

Die Piraten Xhain stehen für den Erhalt von Freiflächen, wenn schon Bebau- ung, dann mit Augenmaß, und ein Ende der »Roter-Teppich-Politik« des Baustadrats für Investor*innen jedweder Couleur.

Ohne sachkundige Opposition in der BVV droht im Bezirk eine ganz große Baukolkultion aus Grünen, SPD und CDU.

FINANZEN

Die Art und Weise der Finanzierung der Berliner Bezirke ist so absurd, dass es jeder Beschreibung spottet. Unmittelbar sichtbar wird das an den Schulen oder am Bürgeramt. Das liegt nicht unbedingt an einer unfähigen Bezirksregie- rung, sondern an den mangelnden wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der Bezirke, die durch die Landesgesetze vorgegeben werden. Schilda ist im Vergleich dazu ein Hort der Vernunft. Senat sagt: Bezirk, du musst dies und jenes tun, und kriegst dafür sovie! Geld. Mehr Geld ausgeben darfst du nicht; wenn du Geld einnimmst, geht das an den Senat; und wenn die Schule nach- her verfällt, macht sich der Senat einen schlanken Schuß. Ja ist nicht seine Auf- gabe, dass die Mittelzuweisung von vornherein unzureichend war, spielt dann keine Rolle mehr.

Wir fordern für die Finanzen im Bezirk: nichts. Weil sich im Bezirk keine sinn- vollen Forderungen stellen lassen. Es gibt nichts zu verteilen. Der Senat ist aufgefordert, die Finanzierung der Bezirke zu verbessern und vor allem sinn- voller zu gestalten. Alles andere ist Pimpitz.

Wir lehnen es ab, die Situation zu beschönigen oder so zu tun, als könnte man mit ein bisschen Schieben hier, ein bisschen Spucke da und einer gemeinsamen Kraftanstrengung das wieder in die Spur hieven. Das was jetzt zu tun ist, ist Öffentlichkeitsarbeit, damit die Absurdität der Situation da diskutiert wird, wo sie hingehört: in der Landespolitik. Dazu gehören öffentlichkeitswirksa- me Aktionen wie z.B. der von uns angeschobene »Tag des geschlossenen Am- tes«. Solange der Senat damit durchkommt, den Schwarzen Peter elegant und dauerhaft in den Bezirken zu platzieren, wird sich am Elend der Berliner Ver- waltung nichts ändern. In diesem Punkt sind sich auch alle Bezirksverordne- ten Berlins über alle Parteigrenzen hinweg einig. Nur wird das im Wahlkampf niemand so deutlich sagen. Deshalb haben wir das.

FREIFUNK

Freifunk ist ein Weg zu einem stadstweiten, für alle kostenfrei zugänglichen WLAN. Der Clou dabei ist, dass nicht eine einzelne Firma das ganze Netz stemmen muss und kontrollieren kann, sondern dass die Menschen der Stadt das selbst machen können:

Jeder* kann das Netz mit eigenen Knoten selbstständig erweitern. Die Verwal- tung kann den Einwohner*innen dabei unter die Arme greifen, indem sie Dachflächen, Grünanlagen o.ä. für Freifunkrouter zur Verfügung stellt oder gleich selbst Router mit aufstellt und damit das Freifunknetz Stück für Stück erweitert.

Die Internetanschlüsse im Freifunknetz werden geteilt. Dadurch erhalten mehr Menschen Zugang zum Internet. Die Kosten werden statt sie zu krimi- nalisieren. Menschen haben ein Recht auf Rausch. Mit welchen Substanzen sie dieses wahrnehmen, ist ihre alleinige Entscheidung, solange dabei keine Dritten zu Schaden kommen. Dabei verkennen wir das Problem der Sucht nicht. Repression hat nachgewiesenermaßen aber nicht zur Folge, dass we- niger Menschen süchtig werden. Daher ist Repression als Mittel zur Sucht- bekämpfung ungeeignet. Weiterhin führt die Kriminalisierung dazu, dass viele gesundheitsschädigende Substanzen auf dem Schwarzmarkt zur Streckung verwendet werden. Dies verschlechtert die gesundheitliche Lage der Abhän- gigen. Wir setzen uns daher auch schon heute für Drug Checking ein.

Um hier Demokratisierungsprozesse anzuschieben, fordern wir eine Umver- teilung von Mitteln und Entscheidungsbefugnissen an die Bezirke. Damit wer-

den diejenigen Akteur*innen zuständig, die mit den konkreten sozialen Aufgaben unserer Gesellschaft konfrontiert sind.

Trotzdem sollte auch mit den hier und jetzt existierenden Möglichkeiten in die Richtung gewirkt werden, die mehr Menschen dazu motiviert, sich i- ne lebendige Demokratie vor Ort einzubringen. Ohne großen Kostenaufwand kann schon allein mit digitaler Infrastruktur eine Vernetzung der Bürger zu den wichtigen Themen vor Ort stattfinden und damit echte Teilhabe an politischen Entscheidungen ermöglicht werden. Denn nur wenn Menschen merken, dass ihre Entscheidung einen spürbaren Einfluss hat, werden sie auch die Cause ergreifen ihre Meinung einzubringen.

Eine zentrale Idee hinter Workshops wie Online-Petitionen und Abstimmung- stools ist es die meinungsbildenden Prozesse dafür zu nutzen, außerparlamentä- risch oder auch direkt auf demokratische Entscheidungen hinzuwirken. Wir sehen hier große Chancen, die demokratischen Prozesse den Möglichkeiten und Gewohnheiten des Informationszeitalters anzupassen. Mögliche prak- tische Einsatzgebiete für eine Demokratie-Software wie Liquid Feedback wären:

- Kiezliquids, in denen transparente Entscheidungsfindung wirklich stattfin- den kann;
- Schulliquids, die es Eltern, Lehrenden und Schüler*innen ermöglichen, Schulbelange transparent und niedrigschwellig zur Sprache zu bringen;
- Liquid Democracy für die interne Organisation von Bürgerinitiativen.

Wir möchten entsprechende Werkzeuge in die Haushaltspolitik integrieren. Damit möchten wir sie transparent machen und Menschen vor Ort sehr viel konkreter die Mitgestaltung ihrer Umgebung ermöglichen.

Der Bezirk soll auch in Zukunft die Freifunker*innen unterstützen und dar- überhinaus eine eigene Freifunkinfrastruktur aufbauen und betreiben. Dazu gehört vor allem die An- und Einbindung von Schulen und Jugendeinrichtun- gen. Außerdem soll der Aufbau von Freifunkverbindungen in Nachbarbezir- ke unterstützt werden.

Wir setzen uns für eine klare Zielstellung und eine klare Modellierung der Prozesse innerhalb der Verwaltung ein. Die Verwaltung, die weils, was eigen- tliche Menschen zu tun haben und was effektiv gemacht werden kann, die Be- trachtung der Prozesse erlaubt weiterhin auch die elektronische Abwicklung im Internet. Bis 2020 sollen mindestens 70% der Abläufe im Internet online ab- gewickelt werden. Automaten, die hunderte Wartnummern täglich ausgeben, gehören ins Museum.

Jede Behörde mit Bürgerkontakt soll eine Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation anbieten. Dazu gehören einerseits Email-Accounts, die mit asymmetrisch verschlüsselten Nachrichten umgehen können, andererseits Mög- lichkeiten des verschlüsselten Dokumenten-Uploads. De-Mail ist keine sinn- volle Option.

Die Bürgerämter von Berlin ticken im Rhythmus Berlins: Einmal pro Quar- tal lange Nacht des Bürgeramts Möglichkeit der Einrichtung eines »langen Donnerstags« in den Bürgerämtern mit Öffnungszeiten bis 21:00 Uhr.

Auf den Rechnern des Bezirks herrscht derzeit Chaos. Niemand im Bezirksamt hat einen Überblick, was eigentlich für Programme und Dienste dort laufen. Dies ist ein Himmelfahrtskommando für die Datensicherheit, den Datenschutz und die Servicequalität.

Die dezentralisierte Beschaffung von Hardware hat sich nicht bewährt; die Be- schaffungskette von Hardware ist zentralisiert und ist ebenfalls in der Be- schaffung von Software und Dienstleistungen zentralisiert. Die Beschaffung von PC- n in der derzeitigen Ausstattung (Grundlage: Windows 7, Support nur noch bis 2021) absolut nicht zeitgemäß, bedient fragwürdige Großkonzerne und

Eine Privatisierung öffentlicher Flächen für den Wohnungsbau lehnen wir ab. Grundstücksvergaben in Erbpacht an Wohnungsbauensenschaften soll dort erfolgen, wenn das Bauprojekte so langfristig kalkulieren, dass die Woh- nungen dauerhaft mit ähnlichen Mieten ähnlich den Vorhaben der Wohnungs- baugesellschaften schaffen können. Bei der Entwicklung von Privatgrundstücken zum Wohnungsbau werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk möglichst stark als bisher von seiner Planungshoheit Gebrauch macht und häufiger Baueinplanungverfahren einleitet. Bisher hat Stadtrat Hans Panhoff Planungsverfahrenformide meist völlig unmotiviert als unbegründet dargestellt und stets die für den Bezirk ungünstigste Beurteilung angenommen. Damit wurden viele Chancen für den Bezirk vertan. Denn nur wenn es eine Bauleit- planung gibt, kann auch die »kooperative Baulandentwicklung« des Landes greifen und ein Anteil sozialen Wohnungsbau in privaten Projekten entstehen.

Wir wollen, dass der Bezirk eine Kampagne startet, die Hausbesitzer*innen dazu animiert, bei einem bezirklichen Programm der freiwilligen Wohnungs- kontingente »WBS-Wohnungen im Kiez« mitzumachen. Dabei können diese sich Label »Fair im Kiez« erwerben, wenn sie eine oder mehrere Wohnungen in einem Haus preisreduziert als Wohnung in das Vergabeportfolio des Woh- nungsberechtigungssektors abtreten. Dafür kann eine bevorzugte Behandlung auf Verwaltungsebene in Aussicht gestellt werden.

Wir unterstützen die bezirklichen Initiativen zur Wahrnehmung des Vorkaufs- rechtes im Falle einer Umwandlung von Miet- in Eigentumsmodelle.

Wir wollen, dass der Bezirk in seinen Medien über das Gesetz zur Mietpreis- bremsung informiert. Mieter*innen sollen bei Widerstand gegen überhöhte Mie- ten unterstützt werden. Es soll eine Präsenz der Gesetzgebung aufrecht erhalten werden, die Vermieter*innen das Ignorieren des Gesetzes erschwert. Gleich- zeitig soll sich der Bezirk dafür einsetzen, dass die Mietpreisbremse aus dem Zivilrecht in das Wirtschaftsrecht überführt wird. Damit wird eine Ver- folgung als Ordnungswidrigkeit »om Amts wegen« möglich. Bezirkliche Stel- len sollen wieder Anzeigen wegen Mietpreisüberhöhung nach §5 Wirtschaftsstrafrecht annehmen und die Verfahren durchführen. Die oft be- hauptete Aussichtslosigkeit von Verfahrenserfolg vermittelt vor dem Hinter- grund der Wohnungsnot in Berlin ein schwaches Bild der politischen Führung. In anderen Städten (z.B. Frankfurt/Main) werden diese Verfahren erfolgreich durchgeführt.

SCHULEN

Die meisten bildungspolitischen Entscheidungen werden auf Landesebene ge- troffen; dennoch muss der Bezirk sich darum kümmern, dass genügend Ge- bäude und Räume für den Schulbetrieb zur Verfügung stehen. Wir fordern mit Blick auf das stetige Wachstum des Bezirks, das niedrige Anmeldezahlen nicht zwangsläufig zum Verlust von Räumern führen, sondern vielmehr zur Evaluation von Problemen und einer Anpassung des pädagogischen Angebots an die jeweiligen Bedarfe vor Ort.

Eine Abgabe von Schulräumen zu anderen Zwecken ist langfristig nicht sinn- voll. Vielmehr muss auf Landesebene darauf hingewirkt werden, dass keine Schaufensterpolitik über Modellschulen und Leuchtturmprojekte betrieben wird. Im Gegenteil soll allen Schulen über zusätzliche Räumlichkeiten und entsprechende finanzielle Mittel die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Schul- profil mit modernen pädagogischen Ansätzen auszuf differenzieren. Hier soll- ten besonders die Schulen gefördert werden, an denen sich die Lernenden sammeln, deren Eltern aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, eine besonders attraktive Schule auszuwählen. Fortschrittliche Bildungsange- bote dürfen nicht zum Privileg jener Eltern und Lernenden werden, die in de- sem Bereich ohnehin schon Vorteile haben.

Wir fordern den Ausbau der Schulkapazitäten durch Aufstockung und Erneue- rung bestehender Gebäude. Ein Zustellen von und Hoffflächen mit Can- tainern wird dem Bildungsauftrag nicht gerecht und schränkt die ohnehin geringen Möglichkeiten, sich zu bewegen, weiter ein.

Wir setzen uns weiter für den Wiederaufbau der Brommybrücke als notwen- digen Lückenschluss zwischen Schilling- und Oberbaumbrücke ein. Der be- reits 2007 von der BVV befürwortete Wiederaufbau als Fahrrad- und

leg ihnen die Daten der Bezirke in die Hände. Wir wollen die Geschwindig- keit und Qualität des digitalen Service der Ämter im Bezirk als auch das Fach- wissen in Verwaltung und Bevölkerung erhöhen.

Dazu wollen wir die IT des Bezirks in der nächsten Legislatur wie folgt ausstufen:

- Mittelfristig fordern wir die Umstellung auf einen vollständig webbasierten Arbeitsplatz.
- Wir fordern die Einrichtung einer Chief Information Officer (CIO), die ressortübergreifend die IT-Infrastruktur des Bezirks lederführend orchestriert.
- Alle Programme, Fachverfahren und Makros des Bezirks sollen in einer In- ventur erfasst werden und einem Software Lifecycle Management folgen.
- Mitarbeiter*innen bei Office-Paketen und die Möglichkeit der Benutzung eines quelloffenen Programms (z.B. LibreOffice) gegeben werden.
- Der Bezirk soll Pilotarbeit für die Umstellung der kompletten Verwaltung auf quelloffene Software werden. Dazu gehören Betriebssystem, Anwen- dungsprogramme, Fachverfahren sowie der dafür erforderliche Support.
- Die Mitarbeiter*innen der Bezirksämter sollen durch Integration der not- wendigen Software (GNUPG) und Schulung in die Lage versetzt werden, nach Möglichkeit verschlüsselt mit den Bewohnern des Bezirks zu kommu- zieren.
- Wir drängen darauf, dass die Volkshochschule als Bildungsort endlich An- gebote für Fragen rund um Verschlüsselung von Dateien und Rechnern, sicheren Mailverkehr, freie Software, Passwörter und sicheres Surfen etabliert.

ECHE BÜRGERBETEILIGUNG STATT PSEUDOPARTIZIPATION UND DEMOKRATISIMULATION

Wir fordern frühzeitige Bürgerbeteiligung nicht nur beim Wie, sondern auch beim Ob. In Friedrichshain durften Bürger*innen bei der Art der Parkraum- bewirtschaftung mitreden. Die Variante »keine Parkraumbewirtschaftung« wurde jedoch schon keine Option mehr. In der Bauplanung wird häufig formel- le Beteiligung umgesetzt, die aber keinen echten Einfluss auf die Baulitätigkeit mit hat, sondern maximal kosmetische Eingriffe erlaubt. Wir wollen, dass von Bürger*innen so früh wie möglich in die Planungen miteinbezogen wer- den. Wir haben diesen Ansatz in der vergangenen Legislaturperiode mit Ve- re z.B. in folgenden Projekten vertreten: Freudenberg-Areal, Entwicklung an- und am der RAW-Gelände, Tram 21, Dragonearreal, Ex-YAAM-Gelände, Parkraumbewirtschaftung, Bergmannstraße, Spreetfer, Frankfurter, Gerhart- Hauptmann-Schule, Punkthochhäuser im Westen Friedrichshains.

Wir wurden Zeuge von Beteiligungssimulationen, die praktischerweise der In- vestor gleich selber organisieren durfte; von »vergesenen« Bauanträgen, bis Baurecht hergestellt war und man nicht mehr dagegen vorgehen konnte; von »vergesenen« Umsetzungen von BVV-Beschlüssen zu Bebauungsplänen, so dass diese aber nicht umgesetzt werden konnten. Wir wollen, dass die Bürger* haben wir dem Bezirksamt auf die Finger gehauen und ordentliche Beteiligung statt Mausechalen eingefordert. Dies werden wir auch weiterhin tun.

Wir haben durchgesetzt, dass die Bürger mehr Rechte in Ausschüssen und bei Anfragen an die BVV haben (Drucksache 001ff). Wir werden auch weiter da- für sorgen, dass die BVV kein abgehebenes Ramschspiel wird, sondern dass normale Menschen ganz selbstverständlich in die bezirkliche Entscheidungsfindung einbezogen werden.

FRAKTIONPLUS

Wir öffnen unsere Fraktion allen Interessierten und allen, die konstruktiv mit- arbeiten wollen, im Rahmen des Projektes FraktionPlus. Unsere Fraktions- sitzungen sind immer öffentlich und Gäste haben immer Rederecht. Es gibt keine Geheimbeschlüsse. Die Sitzungen werden nach technischer Möglichkeit live im Internet übertragen.

Im Rahmen des Projekts FraktionPlus können kommunalpolitisch Interessier- te auch Stimmrecht innerhalb der Fraktionsversammlung erwerben. Sie sind im Rahmen der Fraktionsversammlung den gewählten Bezirksverordneten gleichgestellt und haben gleiches Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Lediglich das Vorgehen, die im Bezirkversammlungsgesetz enthaltenen Beschlüsse zu ordnen erlaubt werden, bleiben außen vor. Dieses Konzept wurde von 2012- 2016 erprobt und hat sich bewährt.

ENERGIEPLUS

Die Piraten Xhain unterstützen die Transformation zur klimaneutralen Stadt. Von uns aus gern früher als 2050.

Dem Beispiel San Franciscos folgend setzen wir uns dafür ein, Baugenehmig- ungen nicht nur von der Energieeffizienz der Gebäude abhängig zu machen. Stattdessen soll auch Dachegestaltung mit Begrünung, Photovoltaik und Klein- windanlagen ermöglicht werden. Wo machbar, soll Energiegewinnung auch über die Fassade erfolgen. Wir unterstützen Mieterstromprojekte ausdrück- lich und setzen uns für die

